

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 62 (1970)
Heft: 9

Artikel: Empfehlung zur Initiative "Recht auf Wohnung"
Autor: Wüthrich, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354467>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Empfehlung zur Initiative «Recht auf Wohnung»

Der Wohnungsmarkt ist immer noch so ausgetrocknet, dass Missbräuche beinahe unvermeidlich sind. Eine dauerhafte Besserung ist nicht in Sicht. Die Wohnbaupreise sind wieder stark im Steigen begriffen, die Zinssätze so hoch wie seit Jahrzehnten nie.

Entgegen den Beschlüssen des Nationalrates hat die Mehrheit des Ständerats das Zustandekommen eines befriedigenden Kündigungsschutzes im ordentlichen Recht verhindert. Dieser von wenig sozialem Verständnis zeugende Entscheid veranlasst den Schweizerischen Gewerkschaftsbund, den Stimmberechtigten zu empfehlen, am 26./27. September der Initiative «Recht auf Wohnung» zuzustimmen.

Sie bietet eine Verfassungsgrundlage, um in Regionen mit Wohnungsnot einen bessern Mieterschutz für alle Mieter einzuführen.

Diese Notstandsklausel dürfte auch produktionsfördernd wirken. Treiben Anleger und Bodeneigentümer den Wohnungsbau kräftig genug voran, so können sie dadurch verhindern, dass die Notstandsklausel zur Anwendung kommt.

Durch ein Ja zur Initiative «Recht auf Wohnung» tragen die Stimmberechtigten dazu bei, einen Anreiz zur Ueberwindung der Wohnungsnot zu schaffen und schieben einen Riegel gegen deren missbräuchliche Ausnutzung. Scheuen Sie den Urnengang nicht, stimmen Sie Ja zugunsten jener Mitbürger, deren Wohnungsorgen drückend sind.

Ernst Wüthrich
Präsident des Schweiz.
Gewerkschaftsbundes